

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Gründungen:

"Der Rote Stein", "Der sozialdemokratische Gewerkschafter", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Gewerkschafter", "Tribüne", "Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schöfländer (März 1920 ermordet)

Breslau,
19. Februar 1926

Steuererleichterungen für die Besitzenden! Ablehnung der Erwerbslosenforderungen!

(Eig. Drachb.) Berlin, 19. Februar.

Am Donnerstag beriet der Haushaltungsausschuss des Reichstags über ein Antrage auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die der Sozialpolitische Ausschuss vor einigen Tagen beschlossen hatte. Die Reichsregierung nahm diese Gelegenheit wahr, um zu zeigen, daß sie unter allen Umständen gewillt ist, ihr in der Wirtschaft Reinholts angestammtes Programm der Anebelung des Reichstags und der äußersten Beschränkung aller Ausgaben für soziale Zwecke durchzusetzen. Zu diesem Zweck war mit Luther an der Spitze fast das ganze Kabinett erschienen, um dem Auftreten Reinholts mehr Nachdruck zu verleihen.

Reinhold erklärte: Die Reichsregierung sehe es für nötig an, noch einmal ausdrücklich zu betonen, daß die finanzielle Lage des Reiches ihr bestimmd für die Stellung zu den von den Parteien eingebrochenen sozialpolitischen Forderungen erscheine. Die augenblickliche Krise sei die schlimmste Arbeitskrise, die Deutschland bisher durchgemacht hat. Zu ihrer „Überwindung“ habe die Regierung die bekannten Steuererleichterungen beschlossen; sie habe sich in den letzten Tagen aber auch mit der Beratung anderer Wege beschäftigt. Als ein solcher erscheine ihr der Vorschlag, der Reichsbahngesellschaft eine gewisse Summe zur Vornahme der notwendigen Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Zur Finanzlage des Reichs erklärte er, daß der Etat von 1925 vermutlich mit einem Überschuss abschließen werde. Der Ertrag der Steuern für 1926 werde vermutlich noch über die Schätzungen im Haushalt hinausgehen. Bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer werden die Beträge allerdings nicht erreicht, der Ausfall wird aber vor allem durch den Ertrag der Zölle weitgemacht werden! (Häßige Zuseye links.) Für 1927 schlägt man das Aufkommen an Steuern aus freiem Einkommen auf nur 900 Millionen, während der Steueraufzug 1200 Millionen betragen sollte. Dieses Verhältnis erkläre sich aus dem Daniederlegen der Wirtschaft. Auch die Zölle sollen 1927 einen Mehrertrag von 120 Millionen gegen 1926 bringen. Trotz dieser Einnahmehöhungen werde sich infolge der Senkung der Besitzsteuern ein Defizit von 170 Millionen ergeben, das durch weitgehende Ersparnisse eingebrochen werden müsse. Um das zu erreichen, müßten sich Reichsregierung und Reichstag zu einer „Notgemeinschaft“ zusammenfinden. Beide müßten sich alle Ausgaben, die in dieser Zeit der Not nicht getragen werden könnten, abzuwehren und gemeinsam einen Weg zu finden, daß Ausgabemehrbewilligungen ohne Dedung und Bewilligung der Regierung nicht beschlossen werden könnten.

Reichsanwalt Luther stöhnt sich dieser provozierenden Erklärung voll und ganz an.

Trotzdem die Regierung eine sofortige Befreiung ihrer Erfüllung gefordert hatte, wiberlegten sich Zentrum und Volkspartei, denen das Scharfmachertum anscheinend noch nicht genügt, diesem Wunsche, so daß die Aussprache zur Regierungserklärung auf Freitag vertagt wurde.

Als zweiter Punkt stand im Haushaltungsausschuss die Beratung über die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses, die Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung betreffend, zur Tagesordnung. Hierbei kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen den Vertretern der Kommunisten und dem Reichsarbeitsminister. Gen. Rädel stellte fest, daß die Ausführungen des Reichsarbeitsministers beim ersten Punkt der Tagesordnung den Beweis dafür erbringen, daß die Regierung nicht daran denkt, auf sozialem Gebiet Verbesserungen zu schaffen. Genosse Rädel fordert den Reichsarbeitsminister auf, die Stellung der Regierung zu den vorliegenden Beschlüssen ohne Umschweife bekanntzugeben.

Der Reichsarbeitsminister nimmt darauf das Wort und erklärt, daß allerdings die Regierung den Wünschen des Sozialpolitischen Ausschusses in bezug auf die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht nachkommen könne. Die allgemeine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 10 v. H. lehne die Regierung ab, nur den Ledigen könne man diese Erhöhung zubilligen.

Gen. Rädel wendet sich dann des weiteren gegen einen inzwischen eingebrochenen Antrag der Zentrumspartei, wonach dem die Höchstlöhne in der Erwerbslosenfürsorge 75 Prozent des Lohnes betrügen würden. Schon eine oberflächliche Berechnung zeigt, daß die Unterstüzung empfänger mit starker Familie, die bis jetzt die Höchstlöhne aus der Erwerbslosenunterstützung beziehen, nicht nur auf dem Lande in den niederen Kreiseln, sondern auch in den Hauptstädten und den höchsten Kreiseln, erheblich weniger bekommen würden, als jetzt.

Doch das Zentrum und die übrigen Regierungsparteien dran und dran sind, die an und für sich schon geringen Verbesserungsverträge des Sozialpolitischen Ausschusses fallen zu lassen, zeigt der Entwurf vom Zentrum gestellte Antrag, die Abstimmung über die Vorschläge des Sozialpolitischen Ausschusses zu vertragen, damit

die Regierungsparteien Zeit hätten, mit der Regierung zu einer Vereinbarung zu kommen. Diesem Antrag gemäß wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten beschlossen, die Abstimmung in der morgen, den 19. Februar stattfindenden Sitzung des Haushaltungsausschusses vorzunehmen.

Weitere Bildung von Einheitskomitees

(Eig. Drachb.) Berlin, 19. Februar.

Allerorten wird rückwärtig die Kampagne für die entshädigungslose Enteignung der Güter geführt. So traten für den Volksentscheid ein die Gewerkschaftsversammlung der Staats- und Gemeindearbeiter in Delitzsch, der Schleierfahrrerverein in Alsfeld und Bach, das Arbeiterbildungskartell in Chemnitz, die Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Leipzig, die Stadtverwaltung in Marktleuthen in Bayern einstimmt — mit den Stimmen der bürgerlichen Stadträte — und eine öffentliche Eisenbahnerversammlung in Delitzsch.

In Borsdorf-Tellwig hat sich ein Einheitskomitee unter dem Vorstand des BAV-Vorstandes gebildet. Die SPD ist zwar in ihm nicht offiziell vertreten, hat aber in einer Sitzung erklärt, daß sie zur Mitarbeit bereit sei. Ferner nahmen für Einheitskomitee Befürworter der Durs-Sportkartell, Dederan i. S. und die Gemeindearbeiterverbandsstelle in Radeberg.

Wie die „Berlische Volksstimme“ meldet, hält in Neuburg das Ortskartell des ADGB alle proletarischen Organisationen und Verbände, ferner KPD, SPD, Denkschriften und Zentrum, sowie das christliche Gewerkschaftskartell zur Bildung eines Einheitskomitees gegen die Fürstentumabfindung aufgefordert. In der Sitzung waren außer KPD und SPD sieben Arbeiterverbände, ferner das Reichsbanner, der Rote Frontkämpferbund, die Rote Hilfe, die Freidenker und Mieter

aus dem Daniederlegen der Wirtschaft. Auch die Zölle sollen 1927 einen Mehrertrag von 120 Millionen gegen 1926 bringen. Trotz dieser Einnahmehöhungen werde sich infolge der Senkung der Besitzsteuern ein Defizit von 170 Millionen ergeben, das durch weitgehende Ersparnisse eingebrochen werden müsse. Um das zu erreichen, müßten sich Reichsregierung und Reichstag zu einer „Notgemeinschaft“ zusammenfinden. Beide müßten sich alle Ausgaben, die in dieser Zeit der Not nicht getragen werden könnten, abzuwehren und gemeinsam einen Weg zu finden, daß Ausgabemehrbewilligungen ohne Dedung und Bewilligung der Regierung nicht beschlossen werden könnten.

Nach den Vorschriften des Finanzausgleiches soll vom 1. April ab die volle Friedensmiete eingeführt werden.

Der Reichsrat nahm in einer Vollsitzung das deutsche französische Handelsprovisorium an.

Das sächsische Ministerium des Innern hat das Auftreten Hitlers in Sachsen verboten.

Der Provinziallandtag für Niedersachsen tritt am Dienstag, den 23. März 1926 zusammen.

Der durch seine Blutarbeit in Mitteldeutschland und Oberschlesien berüchtigte sozialdemokratische Oberpräsident Hörsing wurde durch den Provinzialausschuß der Provinz Sachsen in den Reichsrat gewählt.

Der Herr Mussolini soll nach italienischen Pressemeldungen erkannt sein und beabsichtigen, sich einer Operation zu unterziehen.

Bei der Parlamentswahl in Darlington (England) siegte die Arbeiterpartei mit 12965 Stimmen gegen den konservativen Kandidaten und erhält dadurch einen neuen Sitz im Parlament.

Bei dem Begegnis des Sozialisten Richters in Lodz kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Bergungsteilnehmern. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Der amerikanische Bergarbeiterkreis ist durch ein Abkommen zwischen dem Ölraum-Bergbau und den Vereinigten Bergarbeiterverbänden beendet worden.

Durch ein Lawinenunglück in Nordamerika in der Gegend von Gingash wurden 75 Personen getötet.

Bei einem Grubenunglück in Nelson Nordamerika wurden 7 Bergleute getötet und 3 schwer verletzt.

erschienen. Der SPD-Vorstand erklärte keine bindende Fassung vor einer Rückfrage mit seinen Genossen geben zu können. Das Reichsbanner behauptete an die Befreiung des Bundesvorstandes gebunden zu sein erklärt jedoch, daß es trotzdem sich offiziell nach eigenem Einvernehmen für das Einheitskomitee entscheiden würde. Das Heilige Gewerkschaftskartell, sowie das Zentrum und die Demokraten waren nicht erschienen.

In Nöhrdrach (Wittenberg) bildete sich ein Einheitskomitee 2 KPD, 2 SPD, 1 Arb. Turnerbund, 1 Naturfreunde, 1 Arb. Radfahrerbund, 1 Homöopath, 1 Körner, 1 Reichsbund der Kriegsbeschädigten, 1 Gewerbetreibende.

Für den Volksentscheid auf entshädigungslose Enteignung der Güter traten ein: die am 14. Februar in Leipzig tagende Militärskonferenz der Arbeitersparteien von Mitteleuropa; die Militäervereinigung des Zentralverbandes der Arbeitsmobilisten am 14. Februar in Halle; eine öffentliche Bauernversammlung (200 Personen) in Oldisleben; die Generalversammlung der Dresden-Zahlstellen des Verbandes der Fleischer, die Gemeinkraft proletarischer Freibürger in Solingen in ihrer Mitgliederversammlung am 14. Februar.

Der Staatsgerichtshof — der Schandfeld der deutschen Justiz

Angriffe gegen das arbeiterstädtische Arbeitsministerium

In der Donnerstagssitzung des Reichstages wurde die Beratung des Justizrats erledigt. Levi (Soz.) wendet sich gegen Marx, der am Mittwoch in der Befreiung des Falles Mandl erläutert hatte, es sei Aufgabe des Justizministers, unter allen Umständen die Autorität des Reichsgerichts zu wahren.

Genosse Rösch hält dem am Mittwoch sang- und klänglos verstorbenen Staatsgerichtshof Nachruf. Er stellt fest, daß zahlreiche Auslandsstimmen die Existenz des Staatsgerichtshofs und seine einzigartige politische Wirkung als eine Schande für Deutschland bezeichnet haben, welcher Vorwurf von deutschen Richtern, darunter dem Reichsgerichtsrat Dr. Dövid, mit der Begründung zu entkräften verucht wurde, daß Deutschland eben ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sein müsse. Genosse Rösch fragt weiter den Justizminister, ob die Statistik des Reichsgerichtsrats Dr. Dövid richtig sei, monach im Jahre 1924 von den wegen Hochverrat im engeren Sinne Verurteilten drei Viertel auf die Linksparteien und nur ein Viertel auf die Rechtsparteien entfallen? Auf die Frage, wann endlich das Versprechen der Amnestie auch für die in verschleppten Prozessen Verurteilten eingelöst werde, gibt Marx ebenfalls keine Antwort. Für die Kennzeichnung der Arbeit des Staatsgerichtshofs als Schandjustiz wird Genosse Rösch zweimal zur Ordnung gerufen.

Darauf folgt die Befreiung des Staats des Arbeitsministeriums, in der der Sozialdemokrat Raabe sich in heftiger Weise gegen die offene Sabotage der Reichstagsbeschlüsse durch das Reichsarbeitsschutzmusterum wendet, die nachgerade zu einem Standal geworden ist. Die weitere Beratung, in der für die sozialdemokratische Fraktion Genosse Tiedt sprechen wird, wird auf Freitag 1 Uhr vertrag, nachdem Genosse Obendiel bei der Befreiung eines Gesuchentwurfs auf Gewährung der Erwerbslosenunterstützung an Landarbeiter das Arbeitsministerium wegen Nichterfüllung seiner Versprechungen gebrandmarkt hatte.

Sozialdemokrat Peus für Sparwaltung

Breslau, 19. Februar.

Der anhaltische sozialdemokratische Landtagspräsident Peus hält in der „Arbeitsgemeinschaft für Wohn- und Baurecht“ ein Referat über Bodenreform. Er erklärt u. a.: Um jedem sein Eigentum schaffen zu können, müßte die Sparpflicht in der Form eingeführt werden, daß ein gewisser Prozentsatz als Sparbetrag vom Lohn abgezogen wird.

Herr Peus genügt also der Lohnsteuerung noch nicht. Die Arbeiter sollen von ihren Hungerlöhnen noch Geld abzuziehen bekommen, damit das Wohnungselend beseitigt oder gelindert wird. Charakteristisch für Herrn Peus war die Tatsache, daß er nach einem Vortrag Bedette sprach, der die Wohnungfrage vom Standpunkt der evangelischen Kirche aus

Kein Geld für Bahnbauten

Millionen für Korruptionszulagen

(Eig. Drachb.) Berlin, 19. Februar.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages beschloß sich in seiner Sitzung am 18. Februar mit den Bahnbauten der Reichsbahn zu schließen. Es wurde festgestellt, daß die Reichsbahn nichts tut, um die Verkehrswelt durch Bau neuer Straßen zu verbessern und daß sie sogar Neubauten, die von anderen Instanzen durchgeführt werden sollen, sabotiert.

Genosse Schütz prangerte dieses Verhalten gehabt und wies darauf hin, daß die Daseinsgemeinschaft Millionen für Korruptionszulagen bringt.

Kooperative Mitarbeit der SED. an dem Kompromissentwurf der Regierungsparteien zur Wiederaufbauung

In der Sitzung des Reichstagsausschusses am Donnerstag den 16. Februar wurde zunächst die Generaldebatte über familiäre ausliegenden Gesetzesvorschläge betreffend die Enteignung durch Ablösung der ehemaligen Gütern fortgesetzt. Das sozialdemokratische Auslösungsmittel Mönfeld wird hier wie ein Mal in einer Reihe von höchst sittlosen Widerprüchen, der sagt einerseits, daß die ADP. selbstverständlich an dem Kompromisentwurf der bürgerlichen Parteien mitarbeiten würde. Er erklärte aber andererseits, daß die Sozialdemokratie die entzündungsfeste Enteignung fordere und „wenn doch abgelehnt wird, alles daransetzen würde, sie im Wege der Volksentscheid durchzusetzen.“ Er begründete dann im voraus verabschiedete Abänderungsantrag zu dem Kompromisentwurf der Regierungsparteien. Als darauf das kommunistische Wiederaufbauungsmittel,

Genosse Schwarz

negen diese zweckwidrigen Ausführungen eines sozialdemokratischen „Haushaltshaushalters“ scharf und energisch protestierte. Lüdtke lobt Herrn Mönfeld mit einigen angeblichen „Wahrstand und Urteil“ herauszureden.

Nach Abschluß der Generaldebatte wurde zunächst der sozialdemokratische Abänderungsantrag zu dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Kommunistischen Partei, der die entzündungsfeste Enteignung fordert, von dem sozialdemokratischen Antragssteller begründet. Prof. Wünck verschiedener Ausschußmitglieder verlebt Genosse Schwarz für eine Minute den Raum um zu der bevorstehenden Abstimmung die volle Zahl der stimmberechtigten kommunistischen Auslösungsmitglieder (dreißig) heranzuholen, die zum Teil durch eine überaus wichtige Sitzung des Haushaltsausschusses (Rebe des Finanzministers Reinholt) verhindert waren. Diese Gelegenheit benutzten die Herren Sozialdemokraten, um mit der verständnisvollen Unterstützung der bürgerlichen Parteien ihrer fünfzig Kompromisteilhaber, die Diskussion plakativ abzubrechen und abzustimmen. Die Sozialdemokratie sprach zu ihrem eigenen grundsätzlichen Antrag, durch den über die Frage ob eine entzündungsfeste Enteignung im Ausdruck beschlossen wird oder nicht, grundsätzlich entschieden wurde, nur einige wenige durchgängige Sätze. Dann kam plötzlich die Abstimmung, und sie ließen sich von den bürgerlichen Parteien überstimmen.

Für die inzwischen wieder eingetroffenen kommunistischen Auslösungsmitglieder gab Genosse Torgler sofort zur Geschäftsausordnung die Erklärung ab, daß sie selbstverständlich für den Antrag gestimmt haben würden. Am Ergebnis der Abstimmung wäre natürlich dadurch nichts geändert worden. Der mit 16 gegen 7 abgelehnte Antrag wäre auch wenn die sozialdemokratischen und kommunistischen Auslösungsmitglieder sämtlich anwesend gewesen wären, immer noch mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden. Im übrigen steht die Abstimmung über den ursprünglichen sozialdemokratischen Gesetzentwurf zu dem die Sozialdemokraten nur einen Abänderungsantrag gestellt hatten, noch bevor und wird erst in der morgigen Sitzung stattfinden.

Der kommunistische Vertreter im Ausschuß, Genosse Rotich, wandte sich in scharfer Rede gegen diese neue sozialdemokratische Extratour mit den Bürgerlichen. Er erklärte, daß seine Partei an diesem bürgerlichen und vielleicht demnächst bürgerlich-sozialdemokratischen Kompromisentwurf in keiner Weise „positiv mitarbeiten“ würde. Leider dies enthielt der sozialdemokratische Verfehlungsantrag, die hellspringenden Rücker in dem neuen Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gegen ihre Fürsten durch den Reichstag direkt zu wählen, keine wirkliche Verbesserung. So aber ja wurde die Befreiung dieses Gerichtshofs das gegenwärtige parlamentarische Machtverhältnis der Parteien widerlegen, ganz genau so, wie es bei dem alten Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik gewesen wäre und noch wäre. — Die Debatte wird morgen fortgelebt.

Von Ihnen zu Ihnen...
Roman einer Frau
65) Von Anna Meyenberg — Der Mabk-Verlag, Berlin

„Du hast mir die Hand zum Schlag erhoben, sagtest du dümmlich.“ „Wenn Du nicht gleich das Kind hast, dann schlage ich Dir eine Kugel, daß Du ewig davon reden sollst.“

Sie lächelte, doch er hörte Worte hören, die Tal folgen ließen, wurde denn ja noch ein Wort sagst, und je später, je toll, denn ich wollte nicht auch noch diese Schauspieler über mich ergehen lassen.

In der Nacht lag ich bei den Kindern, in dem ohnehin zu schmalen Bett, und machte lautlos Bilder, die ich jedoch am Morgen nun durchführen konnte. Es war ja so hässlich, so hässlich, jetzt noch etwas von mir auszulagern. Meine Stoffe waren ja verbraucht und die Kinder waren bedürftig. Und mein Mut war gar zu klein für eine solche Aufgabe.

Bei kürzlich einem kurzen, verzweifelten Brief an den Mann, berichtetes Interesse an meinem kreativen Werken nahm — hoffentlich, daß er mich auch jetzt versteht und kennt. Nur mir zeigt er sich weiter.

Am folgenden Tage erhielt ich einen kleinen Brief:

Meine liebe Steinhardt!

Der gebrüderliche Brief hat mich recht traurig gemacht. Das ist nicht der richtige Ton, wenn man so beschimpfen will. Das wäre ja noch möglich, wenn es eine junge, lästige und begierige Frau des Namens vor der Zeit ausgehen sollte. Da heißt es einfach die kleine hässliche prekäre Schauspielerin und ich nicht sicherungen lassen, selbst wenn's einen unheimlichen Koffer wiedergefunden soll.

„Ich weiß, Sie können mir sagen, ich hätte gar nicht. Aber glauben Sie mir doch aus, es nicht immer leicht.“ „Und keine, das weiß ich oft in Beziehung kam, das glatteren, sauberem Weg zu gehen — und doch ist doch sicher längst einfacher, einfacher ging einfach schnell in die Tiefe zu sinken.“

„Sie können Ihnen nicht mögen, Sie hätten gar keinen. Aber glauben Sie mir doch aus, es nicht immer leicht.“ „Und keine, das weiß ich oft in Beziehung kam, das glatteren, sauberem Weg zu gehen — und doch ist doch sicher längst einfacher, einfacher ging einfach schnell in die Tiefe zu sinken.“

„Sie können Ihnen nicht mögen, Sie hätten gar keinen. Aber glauben Sie mir doch aus, es nicht immer leicht.“ „Und keine, das weiß ich oft in Beziehung kam, das glatteren, sauberem Weg zu gehen — und doch ist doch sicher längst einfacher, einfacher ging einfach schnell in die Tiefe zu sinken.“

„Das wird auch Ihnen, und Ihnen, ich weiß ja gehen, wenn Sie verstehten es bestens.“

„Doch Sie mit Ihren Rindern Ihr Herz werden wollen, könnten Sie sich.“



Die funktioniert trotz Auflösung des Staatsgerichtshofs

Aus den Ausschüssen

(Eig. Drablb.) Berlin, 18. Februar.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags lehnte am Mittwoch einen Antrag ab, die Altersgrenze im Reichsstaat auf 61 Jahre aufzugeben, als 60 Jahre herabzuziehen. Die Altershöchstgrenze bleibt also 65 Jahre.

Dienststationäre Filmzurücknahme. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Anfrage eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß in der Öffentlichkeit in steigendem Maße Filme erscheinen, die durch unwahre, einseitige Darstellung die Bevölkerung planmäßig zum Klassenhaß aufzubauen und neue Unruhen vorbereiten. Die Filme seien zum Teil ausländischen Ursprungs. Es wird an die Regierung die Frage gerichtet, ob sie gegen eine derartige „Vergiftung der Öffentlichkeit“ eingreifen wolle.

Die neuen Kreuzer und Torpedoboote bewilligt! Im Hauptausschuß des Reichstags wurden am Mittwoch die Beratungen über den Reichsmarinestatut abgeschlossen. Zu groß ist der Gegensatz. Zwei neue Kreuzer, sieben neue Torpedoboote, zu einem Kreuzer und sechs Torpedoboote vom Jahre 1925, die ebenfalls noch im Bau begriffen sind, und für die im Etat insgesamt 47 Millionen 257 450 Mark gesfordert werden, wurden bewilligt.

Ter kommunistische Antrag, alle früheren und neuangefochtene Neubauten zu streichen, wurde gegen die Stimmen der ADP. und der SPD. abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurden die kommunistischen Anträge, die die Streichung der 32 neuen Offiziersstellen und alle Besoldungsgruppen über 10 forderten.

Die Kunstgewerbe der Unternehmer

Düsseldorf, 18. Februar. Die Angestellten der Glashüttenwerke in Düsseldorf werden gebeten, eine Gillaung zu unterstreichen, daß sie mit einem Gehaltsabfall von 30 Prozent einverstanden sind, andernfalls sie nach einer späteren Wiedereröffnung des Betriebes nicht wieder eingestellt würden.

mir ein sehr schwerer Schritt, zu dem ich Ihnen keinesfalls raten möchte. Sie müssen bedenken, welche Pflichten Ihnen daraus entstehen und daß es sehr schwer ist, mit viel Eltern und zwei Kindern zu sorgen.

Wenn Sie gerade wieder einmal danach verlangt, ein paar aufwändige, ehrliche Worte zu hören, so wenden Sie sich an Ihren, Sie anständig verziehenden Freund

Leo Kluza

Das war wie ein früher Trunk für verdurstende Lippen — das war wie ein Sojastrahl, der in ein dämmles Stübchen hinfällt.

Da fühlte, wie ich in mir selber wußt, wie alles leicht und leicht in mir wurde, und meine Umgebung auch nicht mehr so sehr beeinflußte. Gehrter, so groß und tief kannst du sein, und ich hielt sie fest, bis sie in meinen Armen ruhen, hörte sie dann wieder und hörte sie meinen Verleger.

Und dann kamst du Lage, wo ich das ihm kleine Auschnitt aus jüngster Zeitgeschicht zugeschickt habe. Hier aus dem Westen noch sonst aus europäischen Städten, von vielen fortschrittlichen Zeiten erhielt ich meine Gedichte durch ihn im Brief persönlich. Und immer war es ein außergewöhnliches Glück dabei wieder mich zu meiner Arbeit einzufinden. Und mein Mann wurde wütend, wenn er sah, wie meine Arbeit überall aufgenommen wurde.

Er fühlte, daß eine Zeit war vor, daß er mich langsam verloren habe.

Und in diesem Berger lagte er eines Tages zu mir:

„Sie kennen da tollen mir waren, was hinter Dir liegt, dann werden Sie mir bedanken für Ihre Arbeit. Aber jetzt kommt Du Dich ja nur aller Welt leben lassen, habe ich einen Namen für Dich und Dein Kind. Dein vor ich ja gut gesehen.“

„Ich brauch' Deinen Namen nicht — ich möchte tanzen und besser tanzen, wenn ich dir nie belogen habe.“ Und meine Arbeit gehen ja gar nicht unter Deinem Namen, das habe ich ja von Anfang an so eingerichtet. Damals wußte ich noch nicht, ob ich überhaupt etwas brauchen und habe meinen Namen genommen. Und Du würdest mich heute aus einem auslaufen, wenn ich lange Erzählungen gestört hätte. Solange ich immer meine Gedichte schreibe und sie in die Schule legte, hörte Du darüber gelassen und hörte mir manchmal zu.“ „Ja, mit Deinen vertraulichen Dingen.“ „Ja, aber habe mich in all den Jahren davon noch gehalten und war dieser Arbeit verpflichtet an es, doch ich gelingt nicht mehr gebüdet, aber gar verloren.“

„Sie haben das Zeug in sich, Sie werden und müssen sich durchringen, davon bin ich fest überzeugt. Und was in meiner Macht liegt, Ihnen förmlich zu sein, werde ich nur zu gerne tun.“ „Mein Ihr Mann Sie niedrig behandelt, dann war er nie einer so guten Menschenwelt.“

„Nehmen Sie noch meinen Rat, und denken Sie nicht zweimal, ob Sie leicht Arbeiten Sie Ihre Söhnen und lieben Gedanken aus, denn Sie haben eigene Gedanken — dann, nur dann erträgen Sie Ihr Los.“

„Doch ich will immer freue, von Ihnen zu hören, bedarf meiner Gestaltung.“ Falls Sie eine Auskunft wünschen, so steht Ihnen unser Telefon immer zur Verfügung, das Ihnen am schnellsten jede gewünschte Auflösung bringt.“

Wär eine gewerkschaftliche Betriebsrätekonferenz im Rheinland-Berlin?

(Eig. Drablb.) Chem. 18. Februar.

In den Gewerkschaften im Rheinland-Berlin sind von den Mitgliedern die Überarbeitung einer Betriebsrätekonferenz für das Zeuggebiet und das Rheinland gefordert. Während die Beiträge der ADP. vor dem Zeitpunkt der Wiederauflösung einer Betriebsrätekonferenz mit Raubzugs bestanden, haben die bestellten Gewerkschaftsinstitutionen den Vorschlag der ADP. abgelehnt. Bereits haben die Gewerkschaftsversammlungen Resolutionen für die Betriebsrätekonferenz angenommen. Nachdem die Metallarbeiterversammlung in Gelsenkirchen und eine Bergarbeiterversammlung in Witten folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 18. Februar im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung des DVW. Essen beauftragt die Verwaltung, mit aller Einstimmigkeit auf den ADG. einzutreten, auf dem schnellsten Wege eine Betriebsrätekonferenz für Rheinland und Westfalen einzuberufen. In dieser Konferenz sind die Vertreter der Erwerbslosen einzugeben; Die Konferenz muß sich mit der Wirtschaftskrise beschäftigen und Maßnahmen beschließen, dem Ansturm der Unternehmer die geschlossene Abwehrfront der Arbeiterschaft entgegenzustellen.“

Für diese Resolution stimmten wie in Gelsenkirchen auch die sozialdemokratischen Metallarbeiter, die ebenfalls die Betriebsrätekonferenz für notwendig hielten.

Die Armee vorbildlich für Arbeitsgemeinschaft

In einer Versammlung des „Landesvereins für landliche Wohlfahrt und Heimatpflege“ während der „Landwirtschaftlichen Woche“ in Nostadt, hielt ein Rittermeister Hardenack von Wied-Ottersleben ein Referat über die Machtvergleich der Arbeitsgemeinschaft. Von irgendwelchen Wirtschaftskenntnissen war das Referat sichtlich nicht getrust. Interessant ist nur, was die Zuhörer unter Arbeitsgemeinschaft sich vorstellen. v. Wieden erklärt:

„Vorbildlich war der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft in der Armee vertreten. Offizier, Unteroffizier und Mannschaften einer großen Idee und standen hier in einer Front unter dem Banner der Pflicht.“

Der preußische Kavalleriehof als Inbegriff der Arbeitsgemeinschaft — eine würdige Kennzeichnung.

Für einheitliche Kampf front

(Eig. Drablb.) Essen, 18. Februar. Die Mitgliederversammlung des DVW. Gelsenkirchen nahm eine Resolution an, in der verlangt: Zusammenführung aller Wohlfahrts-, gemeinsame Rüstigung aller Waffengruppen, sofortige Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Rheinland-Westfalen unter Hinzuziehung der Erwerbslosenausschüsse und Vertretern der Arbeitersparteien, allgemeine Werbelampagne für die freien Gewerkschaften.

Hundert Bergarbeiter sollen auf Pfaster liegen. Lehmann, 19. Februar.

Hundert Bergarbeiter der 3. und 4. Abteilung Kriegsheim ist die Kündigung zugestellt worden mit der Begründung, daß angeblich für Staubaufe kein Absatz mehr vorhanden ist.

Hundert Bergarbeiter sollen also wieder aufs Pfaster liegen, trotzdem auch auf dem gekauften Socht immer noch Überstechen versfahren werden. Die Parole muß daher lauten: „Ort mit den Überstechen, het mit der Siebenstundenschicht unter Tage.“

Meine werte Frau Steinhardt!

Lehmwasser, 19. Februar. Eine Szenen lamen oft vor, und ich mache mir im stillen doch Gedanken darüber, ob mein Verleger [sic] wohl wirklich von mir zurückziehen würde, wenn er eines Tages das Unglück meiner Jugendzeit erfahren würde. Und der Gedanke, immer unsrer vor dem Manne dazuliegen, drückte mich so sehr, daß ich lieber seine Freundschaft nicht in Anspruch nehmen wollte, wenn er sie mir nicht dann gewähren würde, wenn er die Wahrheit erfährt.

Und so schrieb ich ihm eines Tages und bat ihn zu mir, und beschrieb alles, was ich durchlebt hatte.

Wortlos hatte er zugehört. Und als ich geendet hatte, schüttelte er nur mit dem Kopfe und sagte: Und das haben Sie alles so ruhig über sich ergehen lassen? „Ja, nur ich soll, meine Zeit ist sehr knapp bemessen — aber ich schreibe Ihnen.“

Die Tür fiel leise ins Schloß und ich trat ans Fenster und sah ihm nach. Und es war mir, als wenn nun aller Sonnenchein aus meinem Herzen mit ihm ging, als ob ich nur noch froh und geborgen in seiner Nähe wäre. Und doch mußte ich ihn gehen lassen, ohne mit der Wimper zu zucken — und mein Herz war voll von Schmerz. Ich durfte mich nicht vergessen, ich durste nicht die Angst vor mir selber verlieren.

Einen Brief! — Nein — ein Dokument, eine heilige Schrift halte ich in meinen Händen. Meine Hände zittern, mein Herz schlägt mir bis zum Halse heraus!

Meine werte Frau Steinhardt!

Zeigt erst, nun ich alles weiß, verstehe ich Sie um so mehr. Gedanke ich Ihnen für Ihr Vertrauen.

Ihre gesteckte Ihnen offen, daß Sie mir durch das, was Sie mir erzähltet, nur mit Lovel mehr wert geworden sind. Sagt es mir doch, wie hoch Sie stehen müßen, daß Sie in all dem Elend nicht verirren sind.

„Für Nut! Für Nut! Sie haben das Zeug in sich, Sie werden und müssen sich durchringen, davon bin ich fest überzeugt. Und was in meiner Macht liegt, Ihnen förmlich zu sein, werde ich nur zu gerne tun.“

„Mein Ihr Mann Sie niedrig behandelt, dann war er nie einer so guten Menschenwelt.“

Nehmen Sie noch meinen Rat, und denken Sie nicht zweimal, ob Sie leicht Arbeiten Sie Ihre Söhnen und lieben Gedanken aus, denn Sie haben eigene Gedanken — dann, nur dann erträgen Sie Ihr Los.“

Doch ich will immer freue, von Ihnen zu hören, bedarf meiner Gestaltung. Falls Sie eine Auskunft wünschen, so steht Ihnen unser Telefon immer zur Verfügung, das Ihnen am schnellsten jede gewünschte Auflösung bringt.

Seien Sie Ihnen die herzlichsten Grüße.

„In alter Verehrung Ihr Leo Kluza.“

Fortsetzung folgt)

A führender Durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Gleiwitz

BERNHARD FRAENKEL

Mit. Borsigway & Co.

Allergrößtes Spezialhaus

für Mode, Manufaktur-, Seiden-, Baumwollwaren u. Gardinen am Heize

GLEIWITZ, RING 22

J. SICHL & Söhne

Wurstfabrik

Gleiwitz

Wilhelmstr. 30

Gebr. Markus

Gleiwitz/Hindenburg/Oppeln

Kirz-, Weiß-, Wollwaren, Damenspitze

Carl Gauer

Bahnhofstr. 40 • Tel. 1285

Kond., Salz- u. Schnupftabake

Groß- u. Kleintabake

Tabaklager

Trinkt das gute Monopol-Pils

Herren-Kleidung

Emil Lange

Wilhelm-Strasse 16

die Marstafaten-Straße

W. Glawatty

Nikolaistr. 17

Herren- und Knaben-Kleiderrobe

Arbeiter- und Berufskleidung

H. Guttmann

Kinderwagen

Beuthener Straße 14

Kaufhaus M. Leschziner, Gleiwitz, Mittestr. 22-24

Altersdienst Geschäftshaus für Männer - Arbeitssachen

Fischer / Leinen / Wäsche / Konfektion und Schuhwaren

DAS HAUS FÜR SEIDEN- UND KLEIDER-STOFFE

Seiden-Märkte

Weichmann, Gleiwitz

Wilhelm-

straße 31

M. Böllny, Germaniaplatz 4

Spezialarbeits- und Sonntagschuhe

sehr gute und billige Belebung

N. Dziersan

Wilhelmsstr. 2

Fernruf 1711

Vornehme Maßschneiderie

großes Lager in Vorrat

Ludw. Kosterlig

Wilhelmsstr. 8

Zumtstraße 8

Arbeiterwäsche u. Wollwaren

Kaufhaus Klosterstraße, Klosterstr. 4

Kirz-, Weiß- u. Wollwaren

Damen- u. Herren-Wäsche

Scobel-Keller

Auswahl von

Scobel-Produktionsartikeln

Auswahl zum Kochen

G. Schauwe

Sie sind Ihr Serienlos!

Wählen Sie nach Bedarf

Sortimentsliste

Aus Betrieb und Werkstatt

Nicht Seifung über die Kumpel

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Um diesen und ähnlichen Zuständen verucht unsere Werksleitung die Kumpel zu der Übertragung der Sicherheitsvorschriften anzutreiben. In fast allen Abteilungen ist die Leistung aufs höchste angespannt. Das zeigt sich besonders bei den verdienten Löhnen im Monat Januar. In ergiebigen Abiven, wie z. B. im 28. Jhd. 4. Tiefbaujhd. 22. Abteilung, kamen bei 3,5 Wagenleistung (Gedingearbeit) 0,8 bis 1 Wagen Leistung erreicht werden. Der Gesamtlohn betrug 5,80 bis 6 Mark bei verschiedenen Positionen. Von Monat zu Monat ist diese Leistung um 2-4 Zehntel erhöht worden, so daß die Kumpels endlich bei einem Verdienst von 4,10 Mark, ja auch noch 4,15 Mark angelommen sind. Jetzt erst wird es verschiedenen klar, daß es so nicht weiter gehen kann. Herr Inspektor Gellner tröstet die Kumpel: „Ich habe Ruhefahrt, jeden auf die Straße zu werfen, der die Leistung nicht bringt.“ Die Abteilungsführer führen diese Bestimmungen durch, so hat Herr Gellner, 23. Abteilung, den Posten als Ober oder Betriebsführer bald erreicht. Ründigungen, Mahnungen, durch Verlegen in andere Abteilungen, nach Überträge, ja jetzt schon auf die Straße liegen, sind hier auf der Tagesordnung. Wir verstehen aber die ehrchristliche Handlung, denn umsonst ist man nicht Vorstandsmitglied im katholischen Gemeindeverband. Wo sonst nichts mehr verdient werden kann, muß Überarbeit helfen, so zwinge man die Kumpels mindestens 2 mal 12 Stunden zu arbeiten, damit recht viel Kohle auf die Hände geschüttet werden kann, und die Kameraden der Fürstensteiner Gruben noch mehr Fäterschichten haben. Jetzt seien sie ja „nur“ 2 Tage in der Woche. Auch diese Kumpels müssen leben, auch ihre Kinder hungern, und die Erwerbslosen fordern Brot und Arbeit. Die Unternehmer aber wollen ihren Geldsack füllen durch Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne.

Kameraden, erkennt endlich die Maßnahmen der Unternehmer und ihrer Lakalei. Erkennt den Wert des Bergarbeiterverbandes, läßt seine Reihen und verlangt, daß sofort durch die BL Schritte zu unternehmen sind gegen die Feuerschichten, gegen die Durchbrechung der Arbeitszeitverordnung, für eine sofortige Erhöhung des Tariflohnes auf mindestens 5 Mark pro Schicht.

Aus dem Paradies der Landeshuter Legitibetriebe

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die Vorbeeren, welche sich die Firma Metzner durch ihre Betriebsleitung unter einem Richter in ihrem Kampf gegen die Arbeiterschaft und Angestellten geholt hat, scheinen die „Gernglocke“ in den anderen hiesigen Betrieben nicht ruhen zu lassen. Fast kein Tag vergeht, wo nicht Meldungen über Lohnabschüsse, Tarifdurchbrechungen und schikanöse Behandlung und zuletzt Arbeitskündigungen erfolgen. Ob es deutschnationale Firmenträger oder Demokraten, ob „gute“ Christen oder „hungrige“ Juden, alle haben sie es eilig, die Beute des Raubzuges an den Arbeitern so schnell als möglich in Sicherheit zu bringen. So gibt die Firma Hamburgert ihren Arbeitern bekannt, daß von nun an keinerlei Vergütung bei Warten auf Ketten usw. gewährt wird. Wer nicht auf sein Lohn kommt, soll sich im Kontor melden. Aber nicht nur zu seinem Rechte zu kommen (der Tarif läuft bekanntlich noch), sondern um für spätere Kündigungen vorgemerkt zu werden. Fadenscheide dürfen nicht mehr geliefert werden; ein Verlangen, das jeden Menschen mit etwas Verstand von Weiberherzen fordern muß. Solche unversöhnlichen Forderungen sollen wohl das Mittel sein, um die Entlassungs-Guillotine ohne das Ratum der Genehmigung des Gewerberats und Regierungspräsidenten im Gange zu halten. Nun Direktoren und Kriegsleutnants sind noch keine Herrengötter und Warenbeschauer, auch wenn sie noch so gut katholisch sind, keine Unschuldengel, denen alles ungestraft bleiben wird. Bei der Firma Kinkel ist es nicht besser. Seit Wiedererstehen des Betriebs ist noch keine Sitzung vergangen, wo nicht zu Verhandlungsanträgen der Firma Stellung genommen zu werden braucht. Bald war es ein versuchter größerer Lohnabzug, bald weniger. Am vergangenen Freitag sollte sogar bei einem Artikel ein Abzug von 50 Prozent vorgenommen werden, wegen angeblichem Überverdienst. Die Unternehmer klagen über Absatzmangel, welcher aber durch dieartige Maßnahmen nicht gehoben, sondern verschärft wird. Wie die Arbeitslosenzahl durch die Unternehmer noch weiter gefordert wird, davon ein Beispiel derselben Firma in der Entwicklung Spinnerei. Am Neujahr wurden in der Werkstätte eine Anzahl Handwerker entlassen, darunter 2 Dreher. Da jetzt wieder für Dreher genügend Beschäftigung vorhanden ist, werden nicht etwa die Leute wieder eingestellt, sondern man verlangt, daß die beiden noch vorhandenen Dreher die 2 Drehbänke der Entlassenen mit bedienen und täglich 10 Stunden arbeiten. Bei der Firma Metzner werden Arbeiterinnen wieder in den Betrieb geholt, deren Männer nicht in den schlechtesten Verdienstverhältnissen stehen. Was sagt hier die Regierung und der Gewerberat dazu? Werden sie eingreifen und der Beunruhigung unter den Erwerbslosen in isolater Auslegung vorbeugen? Ubrig bleibt für die Arbeiterschaft, ob in oder außerhalb des Betriebes, nur der Weg der Selbsthilfe durch Zusammenfluß in der Organisation zum Kampfe gegen die Unternehmer.

Der verkohlte Josef

Melchior-Gruß in Dittersbach

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Wer kennt ihn nicht, den tapferen Reden, Ideal eines Betriebsführers? Weit über deutsche Grenzen bekannt als Herrenmensch in der jüngsten Zeit, ebenfalls bekannt als Feigling zu einer früheren Zeit, als es schien, als ob die deutschen Arbeiter dasselbe tun würden wie ihre zu lüchen Brüder.

Josef hat nun wieder ein „Stückchen“ gesiebt! Seine Arien werden darauf bestimmt steigen! Raffen sich da sechs Arbeiter auf, um ihm zu sagen, wie ungerecht die Entlohnung gesehnt. 4,30 M. Tariflohn erhalten einige Kollegen (Handwerker) pro Schicht. Wer „eingehoben“ hat, erhält einen Gedingeauszug in der Höhe, nach-

dem der betreffende in Gund steht. Dies ist der Unterschied, doch es aus genugendem G. des Hungergeistes zu ziehen. Darüber hinaus besteht es natürlich nicht, so nach „Geld“ zu kommen. Löhne zwischen von 4,30 bis 7,- M. je produzierten Stück. Das dies ungerecht ist, kann zweifellos kein Mensch. Josef findet dies an der Ordnung! „Die Kellagen müssen für ihre Organisation bedienen, wie von Gott geschaffen haben.“ Wirklich! Aber jetzt aber muss aus dem Hause! Josef hätte seine Zeit mit ihnen zu verhandeln. Wahrhaftig will er seine Zeit mit ihnen zu verhandeln. Wahrhaftig will er seine Zeit mit ihnen zu verhandeln. Nach dieser, bösartiger Arbeit, Opferung des tollpatschen Siegels an Komlogen zum auf dem Strandballe des vermögenden Kapitalismus, folgt die Hungerpeitsche! Nach hartem Arbeit werdet ihr habhaft ausgeworfen! — In des Hutes liegt der Tod noch Vergeltung! Wenn wird diese Gesellschaft bösartig in den Abgrund stürzen? Kumpel, will den Haken annehmen!

Nicht feiern und bitten,
sondern mutig gekämpft!



Nied deutscher Krüppel

Zum Leierkasten zu singen.

Spielt auf ihr Krüppel, groß und klein,

Den Fürsten hochgeboren

Wir haben ja nur Atem und Bett,

Und keinen Thron verloren!

Lacht uns ein Liedchen singen!

Hochwohlgeboren,

Ein lustig Ständchen bringen!

Sind wir auch lahm und taub und blind,

Und können kaum noch geben,

So lacht uns doch mit Weiß und Kind

Den Leierkasten drehen:

Gebt her den letzten Heller

Dem Herrn in Doorn,

Hochwohlgeboren,

Auf seinen Fürstenteller!

So humpeln wir von Tor zu Tor,

Und sammeln ohne Ende,

Und spielen euch ein Liedchen vor

Zur deutschen Fürstenspende:

Wir schenken wahre Kunden

Dem Herrn in Doorn,

Hochwohlgeboren,

Ein wenig zu beglücken!

Ein Schimmer ist vom Füchtinglanz

Uns Krüppeln doch geblieben,

Denn sei als Dank des Vaterlands

Auf unser Grab geschräben:

„Sie wollten gern kreuzen,

Doch die in Doorn,

Hochwohlgeboren,

Millionen einzufressen!“

Siegfried von Begeleid.
(im „Simplissimus“)

Mutter der Straßen des Gewissens

Gehirn-Gruß in Düsseldorf

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Am 1. Januar dieses Jahres wurde eine Menge von Menschen der Polizei unterstellt. Zweck war nun, sie in die Stadt zu treiben, wie es verboten war. Gleichzeitig bestimmt, um die Menschen eine Arbeit zu finden, aber es ist erfolgt. Denn am Donnerstag haben noch 15 Millionen für immer ausgewandert und diese Auswanderung hat bereits begonnen.

Am Sonnabend, den 6. Januar, waren am 7 Uhr, nachts der Gleisarbeiter gegen seinem Leben ein Ende, haben sie sich eine Augen in den Kopf legte. Nummer und Sorgen trafen ihn zu diesem dem zweiteten Schritt. Ein zweiter Beamter, der ebenfalls arbeitslos war, machte schon einmal den Versuch, ihn aufzuhängen, aber jedesmal wurde er noch hängen zurückgeschlagen.

Es werden noch mehrere zu diesem Mittel Zugriff suchen, wenn Arbeiter und Angestellte sich nicht zur Wehr setzen und dem unersättlichen Kapitalisten ihre Faust unter die Nase reiben. Angestellte der Helmthgrube, die sie noch im Dienstverhältnis steht und die Arbeit antreibt, um an ihnen das möglichst auszuprobieren, sieht ihr nicht, was mit euren Kollegen geschieht und genau so wird man auch eines schönen Tages den Fußtritt versetzen. Wollt ihr euch selbst entstellen? Wollt ihr auch eine Frau und Kinder ins Elend stürzen? Wollt ihr, daß eure Kinder eine Grabstätte mit einem Fluch auf den Lippen aufsuchen? Wenn ihr aber gegen diese Auswanderung ankämpfen wollt, dann rufe ich euch zu: „Gehet in die Kommunistische Partei, denn sie allein kämpft für bessere Lebensbedingungen und Freiheit. Darum, wacht auf, Verdamme dieses Erbe...“

Die Zustände auf der Königin-Luisse-Grube, Baborze, Südgewer

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Die Zustände auf dem Südgewer müssen einmal der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Dort sieht sich der Sägemesser Müller als „Herrischer“ so, wie die Schmarotzerfamilie im Mittelalter sich als Herrscher über ihre Leibeigenen fühlten. Schimpfworte häufen auf die Arbeiter, wie „Arschlöcher“, „Affen“, „Dummes Rad“ und noch viele andere mehr. Dazu treibt er die Leute an, sagt sie von einer Arbeit zur anderen, nicht einen Augenblick darf ein Mann ruhig stehen oder bei einer Arbeit aushalten. Jetzt das, dann jenes, dann wieder dies. Den Arbeitern wird die Arbeitsstätte zur Höle gemacht. Der Herr Sägemesser Müller hat schon einmal im „Blauen Affen“ Reise bezogen. Das hat er scheinbar schon vergessen.

Miserable Zustände auf der Rontordia-Grube, Hindenburg

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Vor einigen Tagen passierte ein Angestellter den Posten II am Kasino der Donnersmarthütte und wurde vom Oberschweizermann Ertel angehalten zur Leibesvisitation. Da der Angestellte nichts bei sich trug, sondern bloß die Hand in der Manteltasche hielt, wurde er militärisch angesehen: Hand aus der Tasche! Well er das nicht gleich tat, wurde ihm die Hand aus der Tasche gerissen. Nun wurde nichts gefunden, aber trotzdem wurde eine Anzeige gemacht: Der Angestellte hätte ein Palet mit „verbölkener Lektüre“ getragen. Jungen, die mit ihm gingen, bestreiten dies, weil es nicht wahr ist. Aber dieser Angeber ging in seiner Denunziation noch weiter. Er behauptete, er hätte den Angestellten gar nicht erkannt, weil dieselbe mit Arbeitern ging und Arbeiterskleidung getragen hat. — Die Angestellten merken, so am besten, daß man sie von den Arbeitern trennen will, daß man von ihnen verlangt, sie sollen ihren besten Sonntagsanzug (wenn sie noch einen haben) aus dem Schrank nehmen und zur Arbeit anziehen, bloß damit man sie von einem lumpigen Arbeiter unterscheiden kann. — Den Ertel aber muß man mal fragen, was er sich eigentlich unter verbölkener Lektüre vorstellt, wor ihm den Bluttag gegeben hat, danach zu jorchen und woher sich dieser Mensch polizeiliche Befugnisse zur Überwachung von Druckschriften nimmt? Wenn das die Unternehmergarden schon im Betrieb machen, dann müßte man wenigstens die politische Polizei abgrenzen. Aber die Arbeiter werden noch alle zur Überzeugung kommen: am besten, alle beide zu befreitigen.

Gewerkschaften

Generalversammlung Baugewerksbund Landeshut

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Am 12. 2. fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Der Besuch war ein guter. Damit ist nun nicht gesagt, daß die angewidrten Versammlungsverhältnisse so bleiben dürfen, sondern jeder organisierte Kollege hat sich mehr denn je für seine gewerkschaftlichen Fragen zu interessieren und in den Versammlungen zu erscheinen. Rinnit man nun das vorjährige Wahlergebnis zum Vergleich mit dem jüngigen, so muß man feststellen, daß die jetzt Gewählten die überwiegende Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt kommen, ein Zeichen dafür, daß die Mitglieder restlos hinter dem neuen Vorstand stehen. Leider wird das Ergebnis der Wahl von dem bisherigen Vorstand als kommunistisches Produkt hingestellt und damit Politik und Gewerkschaft verbunden. Fest steht aber, daß die Sünden des bisherigen Vorstandes einschließlich des Kassiers eine derartige Zusammenlegung ermöglicht haben, und deshalb die Mitglieder ihre Wiederwahl ablehnen. Der bisherige Vorstand gab seinen Willen über die Neuwahlung des Vorstandes und, in dem Ausprache, daß die Mitglieder wohl gewählt haben, aber „et“ und der Hauptvorstand das gleiche Wort hierzu sprechen werden. Die Mitglieder ließen hierüber keinen Zweifel aufkommen, daß man sich eine derartige Diktatur nicht gefallen lassen wird.

Karikaturierung des ADGB, Siegplatz

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Der Ausländervertreter Loges sprach über die Erwerbslosenfrage. In Siegplatz sind 5000 Erwerbslose vorgestanden. Die Wirtschaftskrise sei auf das Daweskommen und die Zollpolitik zurückzuführen. Mit allen Mitteln müsse ver sucht werden, den Erwerbslosen zu helfen. Kollege Gläser teilte mit, daß verschiedene Zuchthäuser (Striegel und Siegplatz) Schipouniformen herstellen. Dadurch wird die Arbeitslosigkeit verschärft. In der Diskussion wandten sich die Kollegen gegen die Verschleppungspolitik der Regierung und für Ab schaffung des Allordensystems. In Punkt Verschleppen wurde stark über interne Angelegenheiten debattiert.

